

Protokolleintrag vom 30.09.2009

2009/448

Postulat von Christian Wenger (SD) und Ueli Brassler (SD) vom 30.09.2009: Wohnsiedlungen, sanfte Renovation statt Abbruch

Von Christian Wenger (SD) und Ueli Brassler (SD) ist am 30.09.2009 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf die gemeinnützigen Wohnbauträger in der Stadt Zürich dahingehend Einfluss nehmen kann, dass ältere Wohnsiedlungen nicht abgebrochen, sondern sanft renoviert werden, und wie er bei städtischen Liegenschaften ebenso verfahren kann.

Begründung:

Bei den Zürcher Wohnbaugenossenschaften ist das "Abbruchfieber" ausgebrochen. An etlichen Orten in der Stadt, z.B. beim Triemli, an der Gutstrasse und an der Fellenbergstrasse, werden ältere Wohnsiedlungen abgebrochen und - meist unter starker Verdichtung der Bauweise - Neubauten erstellt. Die Abbrüche werden etwa damit begründet, dass die bestehenden Wohnungen nicht den heutigen Komfortansprüchen genügten, oder dass mehr Wohnungen bereitgestellt werden müssten. In den bestehenden Siedlungen wohnen aber sehr viele Menschen, denen in erster Linie bezahlbare Wohnungen wichtig sind, nicht mehr Komfort. Sie können sich die Neubauwohnungen schlicht nicht leisten. Würden die bestehenden Wohnungen sanft renoviert, wären die Mietzinsaufschläge vergleichsweise bescheiden und könnten die bisherigen Mieter in aller Regel in ihren Wohnungen bleiben. Dies ist sehr viel vordringlicher als die Bereitstellung von zusätzlichem Wohnraum für Neuzuzüger. Eine weitere Steigerung der Bevölkerungsdichte ist ohnehin auch unerwünscht, weil der Dichtestress eine der Hauptursachen der Zunahme psychischer Erkrankungen ist und bereits ein bedenkliches Ausmass angenommen hat. Die Stadt soll deshalb über ihre Vertreter in den Genossenschaftsvorständen, aber auch als Subventionsgeberin ihren Einfluss geltend machen, damit die gegenwärtige Abbruchwelle aufhört. Dabei ist von ihr selbstverständlich auch zu erwarten, dass sie bei ihren eigenen Liegenschaften mit dem guten Beispiel vorangeht.

Mitteilung an den Stadtrat